

Antirassistische Erinnerung als Instrument zur Demokratisierung?

Çağrı Kahveci

1. Der Brandanschlag in Solingen

Am 29. Mai 1993 erschütterte ein rassistisch motivierter Brandanschlag in Solingen das Leben der Familie Genç. Fünf Familienangehörige – Gürsün İnce (27 Jahre alt), Hatice Genç (18 Jahre alt), Gülüstan Öztürk (12 Jahre alt), Hülya Genç (9 Jahre alt) und Saime Genç (4 Jahre alt) – verloren tragisch ihr Leben, und vierzehn weitere wurden teilweise schwer verletzt. Mevlüde Genç und ihr Mann Durmuş, die in den 1970er Jahren auf der Suche nach einem besseren Leben als Arbeiter*innen nach Deutschland eingewandert waren, hatten ein Haus erworben, das ihnen ein Gefühl von Geborgenheit und Solidarität bot. Dieses Heim, ein Symbol ihrer Hoffnung und ihres Zusammenhalts, wurde durch den schrecklichen Anschlag zerstört.

Dieser Angriff markierte einen Höhepunkt der Welle rassistischer Gewalt, die Deutschland nach der Wiedervereinigung erfasste. Bereits in den 1980er Jahren war rechter Terror präsent, nahm jedoch nach der Wende an Intensität zu (Schmitz 2023). Die rassistischen Übergriffe in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und anderen Städten waren Teil eines Musters, das durch hitzige politische Debatten und mediale Feindbilder angeheizt wurde (Poutrus 2019). Solche Angriffe wurden nicht nur geduldet, sondern teilweise durch die gesellschaftliche und staatliche Ignoranz gegenüber rassistischen Strukturen ermöglicht.

Der Brandanschlag in Solingen bietet tiefe Einblicke in die Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist, wenn es um die Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt seiner jüngeren Vergangenheit geht; eine Vergangenheit, die für die Betroffenen nie vergeht. Die Aufarbeitung dieser Themen ist komplex und wird immer wieder durch neue Gewaltausbrüche

untergraben. Trotz der zu beobachtbaren Fortschritte in der Entwicklung einer kritischen und demokratischen Erinnerungskultur und Gedenkpolitik befinden sich diese Bemühungen noch immer in der Anfangsphase. Der Druck der Betroffenen und das zivilgesellschaftliche Engagement haben zwar zu Verbesserungen geführt – sichtbar in zahlreichen Publikationen, öffentlichen Gedenkveranstaltungen, Vernetzungen von Opfern sowie der Errichtung von Archiven und Ausstellungen (Rodríguez 2023) –, doch die immer noch virulenten rassistischen Phantasien von ethnischer Säuberung und primordialen Stammesdenken in Deutschland zeigen, wie weit der Weg noch ist. Die zahlreichen Initiativen in Solingen, die vielen Gedenkveranstaltungen und pädagogischen Projekte belegen zwar eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (Demirtas et al. 2023), machen jedoch deutlich, dass die Entwicklung einer umfassenden und wirksamen Erinnerungskultur weiterhin eine zentrale Herausforderung bleibt.

Im Folgenden wird die Debatte um den rassistischen Brandanschlag auf die Familie Genç in Solingen im Jahr 1993 nachgezeichnet und der Frage nachgegangen, warum es nach dem Brandanschlag nicht zu einer adäquaten Gedenkkultur kam. Die Analyse beleuchtet, wie politische Entscheidungen, mediale Darstellungen und gesellschaftliche Strukturen die Erinnerungspolitik beeinflusst haben – und wie sich diese Dynamiken in den letzten Jahren verändert haben.

2. Die Erinnerungspolitik als Schauplatz der Zivilgesellschaft

Um die Erinnerungspolitik in Solingen nach dem Brandanschlag von 1993 zu verstehen, ist es wichtig, die allgemeinen Dynamiken der Erinnerungspolitik zu betrachten – insbesondere im Umgang mit Ungerechtigkeiten gegenüber marginalisierten Gruppen. Erinnerungskultur und -politik spiegeln wider, wie eine Gesellschaft ihre Geschichte interpretiert, ihr Bedeutung verleiht und sie in die Gegenwart integriert.

Bis in die 1980er Jahre dominierten Nationalstaaten die Erinnerungspolitik, wobei öffentliche Narrative durch staatliche Instrumente wie Archive, Denkmäler und Bildungscurricula geprägt wurden (Traverso 2016). Diese selektive Sichtweise auf die Vergangenheit diente oft der Legitimierung bestehender politischer Ordnungen und machte das Leid und die Ausgrenzung der als »Andere« Konstruierten unsichtbar. Stattdessen betonten diese Narra-

tive eine makellose Vergangenheit und eine optimistische Zukunft (Traverso 2007).

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts begann der Einfluss der Nationalstaaten auf die Erinnerungspolitik zu erodieren, angetrieben durch zivilgesellschaftlichen Druck. Globale Entwicklungen wie das Ende des Kalten Krieges und die wachsende Bedeutung von Menschenrechtsdiskursen trugen zu diesem Wandel bei. Levy und Sznajder (2006) sprechen in diesem Zusammenhang von »kosmopolitischer Erinnerung« – einem globalen Gedächtnis, das nationale Grenzen überschreitet und universelle Werte wie Menschenrechte in den Vordergrund stellt. Dieses Konzept öffnet den Raum für marginalisierte Perspektiven, die im nationalen Gedächtnis oft vernachlässigt wurden.

Maßnahmen der Erinnerungspolitik, die sich auf gewaltsame Vergangenheiten beziehen, zielen darauf ab, Intoleranz und Gewalt zu verhindern. Eine zentrale Rolle spielt dabei die reflektierte und kritische Darstellung dieser Vergangenheit, die dazu anregen soll, aus der Geschichte zu lernen und das eigene Verhalten entsprechend zu überdenken, um das Ideal von »toleranten Bürger*innen« zu fördern (Gensburger/Lefranc 2020). Zeitzeugen, Schriftsteller*innen, Historiker*innen, Künstler*innen, Akademiker*innen und Journalist*innen tragen durch ihre subjektiven Erfahrungen und kritischen Werke – darunter Testimonien, Memoiren, Literatur, Kunst, Architektur und Geschichtsbücher – maßgeblich zur Schaffung und Verbreitung solcher Narrative bei (von Tunzelmann 2022). In westeuropäischen Staaten und den USA zielen Kämpfe um die Entfernung von Statuen, die Umbenennung von Straßen und die Einführung marginalisierter Erzählungen darauf ab, bisher übersehene Geschichten sichtbar zu machen.

In Deutschland verlief die Entwicklung der Erinnerungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg anders als in vielen anderen westeuropäischen Staaten. Die Schwere der nationalsozialistischen Verbrechen verhinderte eine Glorifizierung der Vergangenheit (Terkessidis 2019). Stattdessen herrschte zunächst ein kollektives Schweigen, das Mitscherlich und Mitscherlich (1970) als »Unfähigkeit zu trauern« analysierten (Neiman 2020). Erst in den 1980er Jahren begann eine systematische Aufarbeitung dieser Verbrechen, insbesondere durch den Druck zivilgesellschaftlicher Akteur*innen (Assmann 2020). Dieser Prozess, der die deutsche Gesellschaft zunehmend mit ihren dunklen Kapiteln konfrontierte, ist jedoch noch immer nicht abgeschlossen.¹

1 Czollek (2018) hinterfragt kritisch die deutsche Erinnerungskultur und diagnostiziert dabei eine Tendenz zur Selbstgefälligkeit, die er als »Gedächtnistheater« bezeichnet.

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Aufarbeitung kolonialer Verbrechen. Auch hier trieb zivilgesellschaftlicher Druck – durch lokale Initiativen, Bürgerbewegungen und kulturelle Akteur*innen – institutionelle Veränderungen voran (Zimmerer/Bechhaus-Gerst 2013). Dabei zeigt sich, dass institutionelle Veränderungen oft erst durch diesen Druck initiiert werden, was eine Diskrepanz zwischen der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträger*innen in der Erinnerungspolitik offenbart.

Um diese Dynamiken besser zu verstehen, greife ich auf die Überlegungen von Gramscis bezüglich der gesellschaftlichen Machtstrukturen zurück. Gramsci (1971) beschreibt, wie unterschiedliche Gruppen um kulturelle Hegemonie ringen. Seine Unterscheidung zwischen der politischen Gesellschaft – verkörpert durch Verwaltung und Behörden, die direkten Zwang ausüben – und der Zivilgesellschaft, die als Arena ideologischer Auseinandersetzungen dient, bietet wertvolle Einblicke in die Mechanismen hinter dem Wandel der Erinnerungspolitik. Diese Perspektive wird im Folgenden anhand des Falls Solingen detaillierter analysiert.

3. Der Umgang mit dem Brandanschlag in Solingen – Zwischen Verdrängung und Engagement

Der Umgang der Stadt Solingen mit dem rassistischen Brandanschlag von 1993 und die Entwicklung einer Erinnerungskultur sind geprägt von kontroversen Entscheidungen und Spannungen. Während die Stadt eher widerwillig des Ereignisses gedenkt und bemüht ist, nicht ausschließlich durch diesen tragischen Vorfall definiert zu werden, fühlt sich die Familie Genç in ihren Anliegen häufig übergangen. Dieser Balanceakt zwischen städtischen Zielen und den Wünschen der Familie offenbart tiefgehendes Unbehagen und gesellschaftliche Spannungen.

Bereits 1994 wurde auf private Initiative hin ein erstes Mahnmal vor der Mildred-Scheel-Schule als Symbol gegen Rassismus und rechte Gewalt aufge-

Damit meint er eine performative Erinnerungspolitik, die seiner Ansicht nach weniger auf eine ehrliche Auseinandersetzung abzielt, sondern vor allem der symbolischen Selbstvergewisserung dient. Neiman (2020), die dieser Erinnerungspolitik generell positiv gegenübersteht, bleibt vorsichtig optimistisch und betont die Notwendigkeit einer nüchternen Betrachtung ihrer Bemühungen. Leo (2021) schlägt einen Mittelweg ein, indem er die erzielten Fortschritte anerkennt, jedoch eine Tendenz zur Selbstzufriedenheit mahnt und für eine fortlaufende kritische Reflexion plädiert.

stellt. Die Stadtverwaltung unterstützte diesen Standort. Laut einem beteiligten Sozialpädagogen sollte die Platzierung insbesondere junge Menschen sensibilisieren (Siering 2023). Die Familie Genç hingegen lehnte diesen Standort ab, da er weder eine Verbindung zur Familie noch zum Tatort des Anschlags aufwies. Sie forderte stattdessen, das Mahnmal an der Unteren Wernerstraße, dem Ort des Anschlags, zu errichten. Die Stadt lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung eines angeblichen Platzmangels ab, ohne ernsthaft auf das Anliegen der Familie einzugehen.

Auch die pädagogische Zielsetzung, junge Menschen über den Brandanschlag aufzuklären, bewertete die Familie kritisch. Während die Stadt argumentierte, dass die Platzierung vor der Schule gerade Jugendlichen den Zugang erleichtere, stellte Hatice Genç² fest, dass viele Schüler*innen in Solingen nichts über den Anschlag wüssten (Genç 2023). Zudem äußerte sie Enttäuschung über die jährlichen Gedenkfeiern: »Den Schmerz, den ich empfinde, kann dort niemand beschreiben. [...] Man hält Ansprachen, als wenn alles in bester Ordnung wäre« (Genç 2023: 50). Die musikalische Gestaltung der Veranstaltungen widersprach zudem den religiösen Vorstellungen der Familie, was erst nach beharrlichem Druck seitens der Familie geändert wurde.

Ein weiteres Anliegen der Familie war die Umbenennung der Unteren Wernerstraße in »Genç-Straße«. Dies wurde von der Stadtverwaltung jahrelang abgelehnt (Genç 2023). Erst 2012, fast 20 Jahre nach dem Anschlag, erfolgte nach langen Verhandlungen die Umbenennung eines Platzes in der Nähe des Solinger Rathauses in »Mercimek-Platz«, benannt nach dem Heimatdorf der Familie Genç. Zum 30. Jahrestag des Anschlags (2023) wurde dieser Platz erneut umgewidmet – dieses Mal zu Ehren von Mevlüde Genç.

Diese Namensänderung, die Einweihung einer neuen Gedenkstätte am Ort des Anschlags und die Erweiterung des Mahnmals am Mildred-Scheel-Berufskolleg um Portraits der fünf Verstorbenen im Jahr 2023 sind Beispiele für kleine, aber bedeutsame Schritte, die das Leid der Betroffenen sichtbar machen und eine Anerkennung ihres Schmerzes signalisieren. Auch die Teilnahme hochrangiger Politiker*innen aus Bund und Ländern an den Gedenkveranstaltungen der letzten Jahre steht in starkem Kontrast zu Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich 1993 der Trauer und dem Gedenken verweigerte. Diese Entwicklungen deuten auf eine langsam wachsende Bereitschaft der Stadt-

2 Hatice Genç verlor bei dem Brandanschlag ihre beiden Kinder. Ihre Schwägerin, die den gleichen Namen trug, überlebte den Angriff nicht.

verwaltung hin, in Kooperation mit der Familie Genç deren Anliegen in eine kollektive, stadtgesellschaftliche Erinnerungspolitik einzubinden.

Trotz dieser positiven Fortschritte bleibt festzustellen, dass sie erst nach einer langen Phase des Schweigens und der Gleichgültigkeit erfolgten – nicht nur seitens der kommunalen und nationalen Politik, sondern auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Erst in den letzten Jahren beginnt sich diese Haltung allmählich zu ändern. Bevor jedoch der langsame Wandel in der Erinnerungspolitik von Solingen analysiert werden kann, ist es notwendig, die Gründe dafür zu beleuchten, warum es der Zivilgesellschaft über Jahrzehnte hinweg nicht gelungen ist, eine demokratische und integrative Gedenk- und Erinnerungskultur zu etablieren.

4. Die gleichgültige Zivilgesellschaft und ihre Abhängigkeit von der Politik

4.1 Negation von Rassismus, Negation von Erinnerung

Im Kontext der Gedenkpolitik zu Solingen spielte der staatliche Diskurs eine zentrale Rolle bei der Verharmlosung von Rassismus und der Verdrängung einer kritischen Debatte sowie notwendiger emotionaler Reaktionen wie Scham und Verantwortung. Insbesondere die Weigerung von Bundeskanzler Helmut Kohl, der Familie Genç einen Kondolenzbesuch abzustatten, verdeutlicht, wie Rassismus selbst auf höchster staatlicher Ebene bagatellisiert wurde.

Darüber hinaus wurden rassistische Angriffe in den 1990er Jahren häufig als nahezu »natürliche« Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Präsenz von Migrant*innen interpretiert. Nach den pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 bemühten sich beispielsweise politische Verantwortungsträger*innen darum, die rassistische Gewalt als Ausdruck einer Überforderung der Bevölkerung darzustellen. So erklärte Ministerpräsident Seite, die Rostocker Bürger*innen seien nicht rassistisch, »sie seien jedoch nicht bereit, den hier vorliegenden Missbrauch des Asylrechts, vorwiegend durch Sinti und Roma, hinzunehmen« (ak 1992). Bundesinnenminister Seiders ergänzte, das Hauptproblem liege im »unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen«, und erklärte: »Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird« (Heitmeyer 2003). Diese Narrative verschoben die Schuld

für rassistische Gewalt von den Täter*innen auf die Opfer und legitimierten damit indirekt die Gewalt. Sie sind ein klassisches Beispiel für die Opfer-Täter*innen-Umkehr, ein Wahrnehmungsmuster, das bis heute in politischen und medialen Diskursen erkennbar ist.

Kurz vor dem Brandanschlag in Solingen führte der sogenannte Asylkommiss, befeuert durch rassistische und populistische Stimmungen, zu einer deutlichen Verschärfung des bis dahin relativ liberalen Asylrechts. Statt die tief verwurzelten Ursachen von Rassismus anzugehen, konzentrierte sich die Politik darauf, Migration einzudämmen, getragen von der Annahme, dass die bloße Präsenz von Migrant*innen per se zur Verschärfung rassistischer Tendenzen beitrage.

Die Verharmlosung des Brandanschlags in Solingen durch staatliche Instanzen und die gleichzeitige Verdrängung und Negierung von Rassismus führten dazu, dass in der Zivilgesellschaft kein ausreichender Impuls entstand, eigenständige Initiativen zur Aufarbeitung und zum Gedenken zu entwickeln. Ohne eine proaktive öffentliche Auseinandersetzung mit Rassismus bleibt die Herausforderung bestehen, eine kritische Gedächtniskultur zu etablieren, die sowohl strukturelle Probleme adressiert als auch die emotionale Verantwortung für rassistische Gewalt übernimmt.

4.2 Das Fehlen einer sozialen Bewegung

Nach dem Brandanschlag in Solingen kam es zu Protesten, vor allem durch türkeistämmige Jugendliche, die ihrer Wut und Verzweiflung Ausdruck verliehen. Diese Proteste, die teils in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei mündeten, spiegelten die tiefe Frustration der Betroffenen wider. Gleichzeitig nutzte die rechtsextreme türkische Gruppierung der »Grauen Wölfe« die Situation, um ihre nationalistischen Ideologien zu propagieren (Bozay 2023). Dies führte zu Konflikten mit linken und antifaschistischen Gruppen, die sich ebenfalls Solidarität mit den Opfern zeigten. Diese internen Spannungen erschwerten eine einheitliche und kraftvolle Reaktion auf den rassistischen Anschlag und verstärkten die Zersplitterung der sozialen Bewegungen.

Auch auf politischer Ebene wurde der Anschlag unterschiedlich aufgenommen. Vertreter der türkischen Regierung, darunter der Sohn des damaligen Präsidenten Turgut Özal, reisten nach Solingen, um der Familie Genç Beistand zu leisten. Während diese Geste von vielen als Solidaritätsbekundung wahrgenommen wurde, gab es auch kritische Stimmen, die sie als politisch motivierte Symbolik interpretierten (ebd.). In Deutschland hin-

gegen blieb die notwendige Empathie weitgehend aus. Der Familie Genç wurde von staatlicher Seite keine Entschädigung angeboten. Unterstützung kam lediglich durch die türkische Firma Enka, die nach dem Anschlag die Renovierung des Daches des Hauses übernahm (Genç 2023). Dieses Fehlen staatlicher Unterstützung vertiefte die Kluft zwischen den Betroffenen und der Mehrheitsgesellschaft und verstärkte das Gefühl von Isolation und Missachtung.

Die mediale Berichterstattung trug zusätzlich zu dieser Entfremdung bei. Anstatt die Perspektive der Opfer in den Vordergrund zu stellen, richteten sich viele Berichte auf die Täter*innen oder die Proteste migrantischer und antifaschistischer Gruppen, die als Bedrohung der öffentlichen Ordnung dargestellt wurden. Paradoxerweise wurden die Opfer und ihre Unterstützer*innen in der medialen Darstellung häufig zu einer Gefahr stilisiert (Demirtas 2023).

Ein besonders problematisches Beispiel der Berichterstattung war die Begleitung eines Journalist*innenteams zur Beerdigung der Opfer im Heimatdorf der Familie Genç. Der Ton der Berichte war von einem orientalistischen Blick geprägt, der suggerierte, dass das wahre Ausmaß von Trauer und Verlust nur im »Herkunftsland« der Familie verstanden werden könne. Dadurch wurde der Anschlag letztlich als eine »Angelegenheit der Türk*innen« inszeniert und aus dem deutschen Kontext externalisiert. Hatice Genç (2023) kritisierte zudem, dass die journalistische Darstellung den Eindruck eines »Urlaubs« erweckte, statt den Schmerz der Familie in den Mittelpunkt zu stellen.

Hinzu kamen absurde Gerüchte, wie die Behauptung, die Familie Genç habe den Brand selbst gelegt, um Versicherungsbetrug zu begehen. Diese Unterstellungen, die 2023 noch immer in Solingen kursierten, führten zu einem massiven Vertrauensverlust und einer weiteren sozialen Isolation der Familie (ebd.).

Die Kombination aus problematischer Berichterstattung, internen Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen, nationalistischen Vereinnahmungen durch die »Grauen Wölfe« und der weitgehenden Abwesenheit einer unterstützenden Mehrheitsgesellschaft verhinderte letztlich die Entstehung einer kraftvollen sozialen Bewegung. Während migrantische Jugendliche und antifaschistische Gruppen aktiv protestierten, fehlte es an einer breiteren gesellschaftlichen Unterstützung durch lokale Institutionen, Vereine oder prominente Persönlichkeiten. Dieses fehlende Engagement und die gesellschaftlichen Ressentiments verdeutlichen die tiefen Gräben zwischen den Betroffenen und der Mehrheitsgesellschaft, die bis heute nachwirken.

4.3 Kommunikative Barrieren und die Isolation der Betroffenen

In einem Interview hebt Hatice Genç hervor, dass Sprachbarrieren eine entscheidende Rolle dabei spielten, die Erfahrungen und das Leid der Familie Genç nach dem Brandanschlag wirksam zu kommunizieren (ebd.). Diese Kommunikationsschwierigkeiten verdeutlichen jedoch mehr als nur sprachliche Defizite. Sie offenbaren eine tiefere gesellschaftliche Problematik: das fehlende Interesse der Mehrheitsgesellschaft an einer Auseinandersetzung mit den Betroffenen rassistischer Gewalt. Hatice Genç beschreibt ein Gefühl von Isolation, das durch das Ausbleiben von Empathie und öffentlichem Beistand verstärkt wurde. Es mangelte nicht nur an solidarischen Gesten, sondern auch an einer grundlegenden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für das Leid der Familie. Diese Ignoranz und Gleichgültigkeit verhinderten, dass Familie Genç einen Raum finden konnte, um ihr Trauma zu verarbeiten und öffentlich Gehör zu finden.

Inan (2022) beschreibt diesen Zustand als »enteignete Trauer« – ein Begriff, der die Unfähigkeit betont, eine Politik der Trauer unter den Bedingungen rassistischer Gewalt zu etablieren. Die »Enteignung« der Trauer bedeutet, dass den Betroffenen nicht nur der Raum für die Verarbeitung ihres Schmerzes genommen wird, sondern dass ihre Trauer auch aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wird. In diesem Kontext wird Trauer nicht als ein kollektiver Prozess verstanden, sondern bleibt auf die Betroffenen begrenzt und wird dadurch ihrer gesellschaftlichen Dimension beraubt. Die Sprachbarrieren und die mangelnde gesellschaftliche Unterstützung sind somit nicht nur praktische Hindernisse, sondern symptomatisch für eine breitere gesellschaftliche Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern rassistischer Gewalt. Dies erschwerte es der Familie Genç nicht nur, ihr Trauma zu bewältigen, sondern auch, in der deutschen Gesellschaft Solidarität und Unterstützung zu finden.

4.4 Anonymisierung der Opfer und fehlende öffentliche Trauer

Die Distanzierung, die in der fehlenden Unterstützung und Empathie für die Opfer des Brandanschlags in Solingen zum Ausdruck kommt, zeigt sich auch in der Art und Weise, wie an sie erinnert wird. Die Erinnerung bleibt oft abstrakt und unkonkret: Die Namen und Gesichter der Opfer waren über viele Jahre hinweg kaum bekannt. Diese Anonymisierung reduzierte die Opfer auf ein namenloses und geschichtsloses Dasein, wodurch ihre Individualität und Menschlichkeit verschleiert wurden. Diese Anonymisierung ist mehr als nur

ein Ausdruck mangelnder Anerkennung. Sie stellt ein wesentliches Hindernis für gesellschaftliche Trauer und die Aufarbeitung der Ereignisse dar. Soziale Bewegungen wie *Black Lives Matter* oder die *Initiative 19. Februar Hanau* verdeutlichen, wie wichtig es ist, die Namen der Opfer rassistischer Gewalt öffentlich zu nennen und ihre Geschichten zu erzählen. Diese Praxis des *Say Their Names* nutzt Erinnerung und Trauer als politische Werkzeuge. Das Nennen der Namen und das Teilen der Lebensgeschichten der Opfer leisten Widerstand gegen das Vergessen und stärken ihre symbolische Präsenz in der Gesellschaft. Durch diesen Prozess wird den Opfern ihre Würde und Individualität zurückgegeben. Gleichzeitig fordert diese Form des Gedenkens dazu auf, die strukturellen Ungerechtigkeiten, die solche Tragödien ermöglichen, zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Die Bedeutung dieses Ansatzes liegt nicht nur in der Erinnerung an die Vergangenheit, sondern auch in der Gestaltung der Zukunft. Derrida (1995) beschreibt diesen Prozess des Erinnerns als eine lebensbejahende Kraft, die nicht nur die Vergangenheit würdigt, sondern auch eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen ermöglicht. Durch das bewusste Gedenken werden die Opfer symbolisch wieder in die Gesellschaft integriert, und die Erinnerung wird zu einem aktiven Werkzeug für Veränderung.

4.5 Unzureichende Gerechtigkeit und der Ruf nach Veränderung

Die Täter, vier junge Männer im Alter von 16 bis 23 Jahren, wurden nach der Tat gefasst und wegen fünffachen Mordes, vierzehnfachen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu Haftstrafen zwischen zehn und fünfzehn Jahren verurteilt. Das Gericht erkannte rassistische Motive als treibende Kraft hinter der Tat an. Diese Verurteilungen waren ein wichtiger Schritt im juristischen Prozess, doch sie allein reichen nicht aus, um Gerechtigkeit umfassend herzustellen.

Umfassende Gerechtigkeit geht über strafrechtliche Maßnahmen hinaus. Sie umfasst auch restaurative Elemente, die darauf abzielen, den Opfern Gehör zu verschaffen, das soziale Gefüge wiederherzustellen und gesellschaftliche Heilung zu fördern. Dazu gehören materielle Unterstützung, moralische Wiedergutmachung und die öffentliche Anerkennung des erlittenen Unrechts. Diese Elemente sind entscheidend, um den Opfern nicht nur Recht zuzusprechen, sondern ihnen auch einen Raum für Trauer und Verarbeitung zu schaffen.

In Solingen jedoch blieben viele dieser Elemente unzureichend umgesetzt. Besonders auffällig war das Fehlen angemessener finanzieller Hilfe, um die unmittelbaren und langfristigen Folgen des Anschlags zu bewältigen. Diese Vernachlässigung verschärfte die soziale und wirtschaftliche Belastung der betroffenen Familien. Auch moralische Wiedergutmachung – wie formelle Entschuldigungen oder eine klare öffentliche Anerkennung des erlittenen Leids – wurde nur zögerlich geleistet.

Darüber hinaus blieben Gedenkmaßnahmen lange Zeit oberflächlich. Mahnmale und Gedenkfeiern sollten nicht nur die Erinnerung an die Opfer bewahren, sondern auch die Tragweite des Geschehenen vermitteln. Die unzureichende Gestaltung dieser öffentlichen Erinnerungsorte hinderte die Gesellschaft daran, die Ereignisse als kollektives Trauma zu begreifen und angemessen aufzuarbeiten.

Die Kombination aus fehlender materieller und moralischer Unterstützung sowie einer mangelhaften öffentlichen Auseinandersetzung zeigt, dass Gerechtigkeit in Solingen auf eine rein punitive Dimension reduziert blieb. Doch ohne restaurative Maßnahmen bleibt die Möglichkeit verwehrt, die tieferen gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus zu adressieren und langfristige Veränderungen herbeizuführen.

5. Wandel in der Erinnerungspolitik: Fortschritte und Grenzen

Angesichts der sozialen Mechanismen, die bisher eine partizipative und inklusive Erinnerungspolitik in Solingen verhindert haben, stellt sich die Frage, wie es dennoch in den letzten Jahren zu einem, wenn auch kleinen und zögerlichen, Wandel kommen konnte. Dieser Wandel ist auf eine Kombination von lokalen und internationalen Ereignissen zurückzuführen, die insbesondere zu einer veränderten Wahrnehmung und Anerkennung von Rassismus als ernst zu nehmendes Problem beigetragen haben.

Ein zentraler Wendepunkt war die Selbstenttarnung des NSU-Netzwerks, das zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen ermordete – acht türkeistämmige Migranten, einen Migranten griechischer Herkunft und eine deutsche Polizistin. Die Aufdeckung der umfassenden Unterstützungsstruktur des NSU, die tiefe Verstrickung staatlicher Organe, katastrophale Ermittlungen, Täter-Opfer-Umkehr, sekundäre Viktimisierung der Betroffenen und die Missachtung journalistischer Grundsätze in der Berichterstattung (zu denken sei etwa

an Bezeichnungen wie »Döner-Morde«, »Türken-Mafia« oder »Clan-Kriminalität«) haben in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ein Umdenken initiiert.

Die Häufung rassistischer, antisemitischer und extrem rechter Gewalttaten nach dem Sommer 2015, wie der Anschlag in München 2016 und in Halle 2019, der Mord an Walter Lübcke 2019 sowie der Anschlag in Hanau 2020 zeigen die tiefe Verwurzelung und Präsenz rassistischer Gewalt in Deutschland. Diese Ereignisse führten nicht nur zu verstärktem Engagement von Antifaschist*innen und Antirassist*innen, sondern auch zu einer breiteren öffentlichen Sichtbarkeit dieser Bewegungen (Lierke/Perinelli 2020).

International trugen ebenfalls entscheidende Ereignisse zur Sensibilisierung bei. Der weltweite Aufschrei nach dem Mord an George Floyd in den USA und die daraus resultierende Dynamik der *Black Lives Matter*-Bewegung erreichten auch Deutschland und setzten Rassismus verstärkt auf die politische Agenda. Gleichzeitig förderten Debatten über die Anerkennung kolonialer Verbrechen eine Auseinandersetzung mit den historischen Wurzeln rassistischer Strukturen.

Neue Initiativen entstanden, die auch vergangene rassistische Anschläge, wie den in Solingen, erneut in den Fokus rückten. Die Initiative *Duisburg 1984* thematisierte beispielsweise einen Brandanschlag, bei dem sieben türkeistämmige Menschen ums Leben kamen (Türkmen 2018). In Saarbrücken wurde 30 Jahre nach einem rassistischen Brandanschlag eine erneute öffentliche Debatte angestoßen und die Bundesanwaltschaft erhob 2023 Anklage gegen den damaligen Anführer der Neonaziszene in Saarlouis (Stand November 2023).

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass der Wandel in der Wahrnehmung und Anerkennung rassistischer Gewalt auf dem Zusammenspiel lokaler Aufarbeitungsprozesse und internationaler Bewegungen basiert. Während in Solingen der Brandanschlag von 1993 lange nur unzureichend aufgearbeitet wurde, tragen diese neuen Dynamiken dazu bei, das Ereignis nicht nur in die lokale, sondern auch in die nationale und internationale Erinnerungskultur zu integrieren.

Trotz dieser Fortschritte zeigt sich jedoch, dass symbolische Akte allein nicht ausreichen, um tief verwurzelte Strukturen von Rassismus und Diskriminierung zu überwinden. Die Umbenennung eines zentralen Platzes in Solingen nach Mevlüde Genç ist ein Schritt, der die Vergangenheit sichtbar macht und in die Gegenwart integriert. Doch er wirft auch die Frage auf, wie Erinnerungspolitik über symbolische Anerkennung hinausgehen und als Grundlage für strukturelle Veränderungen dienen kann.

6. Schlussfolgerungen: Wege zu einer kritischen Erinnerungskultur

Bei der Einweihungszeremonie zur Umbenennung eines zentralen Platzes in Solingen nach Mevlüde Genç, einem langjährigen Wunsch der Familie, sagte der Bürgermeister: »Aus den Straßennamen erschließt sich der Geist, der in einer Kommune herrscht.«³ Diese Aussage verdeutlicht, wie die Umgestaltung öffentlicher Räume als Ausdruck von Werten und Identität einer Gemeinschaft verstanden wird. Gleichzeitig zeigt sie den Versuch, die Vergangenheit durch symbolische Akte in die Gegenwart zu holen und neu zu verhandeln.

Die Worte des Bürgermeisters erinnern an Derridas Konzept der »Hauntologie«, das beschreibt, wie die Vergangenheit als eine Art »Gespenst« die Gegenwart heimsucht (Derridas 1995). Diese »Geister« verweisen auf ungelöste historische Wunden und konfrontieren die Gesellschaft mit der Verantwortung, sowohl die Vergangenheit anzuerkennen als auch ihre Konsequenzen kritisch zu reflektieren. Die Umbenennung des Platzes nach Mevlüde Genç ist ein Beispiel dafür, wie Erinnerung nicht nur bewahrt, sondern aktiv in die Gestaltung der Gegenwart einbezogen wird. Sie macht die »Geisterhaftigkeit« der Vergangenheit sichtbar und fordert eine fortwährende gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Doch Erinnerung ist immer auch politisch. Die Entscheidung, welche Geschichten im öffentlichen Raum erzählt werden, prägt nicht nur das kollektive Gedächtnis, sondern beeinflusst auch die Werte und Identität einer Gemeinschaft. Die Umbenennung des Platzes ist nicht nur ein symbolischer Akt der Anerkennung, sondern auch ein Versuch, den »Geist« der Kommune zu gestalten. Solche Entscheidungen zeigen, welche Narrative gestärkt und welche verdrängt werden sollen. Damit wird Erinnerungspolitik zu einem hegemonialen Kampf, in dem gesellschaftliche Machtverhältnisse und deren symbolische Repräsentationen neu verhandelt werden.

Wie Gramsci betont, findet dieser Kampf nicht allein auf der Ebene staatlicher Entscheidungen statt. Der eigentliche Konflikt um Hegemonie wird in der Zivilgesellschaft ausgetragen, wo ideologische Auseinandersetzungen darüber entscheiden, welche Werte und Narrative akzeptiert werden. Neben staatlichen Erinnerungsinstrumenten wie Denkmälern oder Gedenkfeiern spielen auch Literatur, Kunst und Memoiren eine zentrale Rolle in der For-

3 Siehe <https://www1.wdr.de/nachrichten/brandanschlag-solingen-mevluede-genc-platz-100.html>

mung einer lebendigen Erinnerungskultur. Die Stadtgesellschaft übernimmt hierbei eine Schlüsselrolle, da sie den Diskurs aktiv mitgestaltet.

Symbolische Akte wie die Platzumbenennung sind ein notwendiger Anfang, um Anerkennung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu ermöglichen. Doch allein reichen sie nicht aus, um tief verwurzelte Strukturen von Ungerechtigkeit zu überwinden. Die wiederholten rassistischen Anschläge in Solingen, zuletzt im März 2024, zeigen, dass die »Geister der Vergangenheit« weiterhin präsent sind. Während symbolische Akte kulturelle Hegemonie zu etablieren versuchen, bleiben die strukturellen Ungerechtigkeiten, die tief in der politischen Gesellschaft verankert sind, oft unberührt.

Wie Zuckermann (2018) betont, muss Erinnerungspolitik darauf abzielen, diese strukturellen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, indem politische, soziale und kulturelle Praktiken gefördert werden, die soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit stärken. Eine solche umfassende und kritische Erinnerungskultur kann die Vergangenheit nicht nur anerkennen, sondern auch als transformatives Potenzial für die Zukunft nutzen. Dies erfordert die aktive Beteiligung sowohl politischer Institutionen als auch der Zivilgesellschaft. Nur durch die Verbindung von symbolischer Anerkennung und struktureller Veränderung kann die Erinnerungspolitik dazu beitragen, die Vergangenheit kritisch zu reflektieren und eine gerechtere Zukunft zu gestalten.

Literaturverzeichnis

- Assmann, Aleida (2020): *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München: C.H. Beck.
- Czollek, Max (2018): *Desintegriert euch!*, München: Hanser.
- Derrida, Jacques (1995): *Marx' Gespenster: Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Demirtas, Birgül/Schmitz, Adelheid/Gür-Seker, Derya/Kahveci, Cagri (Hg.) (2023): *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag: Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung*, Bielefeld: transcript.
- Gensburger, Sarah/Lefranc, Sandrine (2020): *Beyond Memory: Can We Really Learn from the Past?*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Genç, Hatice (2023): »Keine Sprache der Welt kann unsere Verluste und die Folgen des rassistischen und extrem rechten Brandanschlags von Solingen

- 1993 beschreiben«, in: Demirtas/Schmitz/Gür-Seker/Kahveci, Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag, S. 37–52.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks*, New York: International Publishers.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2003): *Deutsche Zustände. Folge 2*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Inan, Çiğdem (2021): »NSU, rassistische Gewalt und affektives Wissen«, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1, S. 212–227.
- Leo, Per (2021): *Tränen ohne Trauer: nach der Erinnerungskultur*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Levy, Daniel/Natan Sznaider (2006): *The Holocaust and Memory in the Global Age*, Philadelphia: Temple University Press.
- Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hg.) (2020): *Erinnern stören: Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin: Verbrecher.
- Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete (1970): *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*. München: Piper.
- Neiman, Susan (2020): *Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können*, München: Hanser Berlin.
- Poutrus, Patrice (2019): *Umkämpftes Asyl. vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*, Berlin: Christoph Links.
- Rodríguez, Encarnación Gutiérrez (2023): *Decolonial Mourning and the Car-ing Commons: Migration-Coloniality Necropolitics and Conviviality Infrastructure*, London: Anthem Press.
- Schmitz, Adelheid (2023): »Rassismus, extrem rechte Gewalt und restriktive Verdrängungspolitik in der Dekade vor dem Solinger Brandanschlag«, in: Demirtas/Schmitz/Gür-Seker/Kahveci, Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag, S. 183–196.
- Sierung, Heinz (2023): »Niemals vergessen«, in: Demirtas/Schmitz/Gür-Seker/Kahveci, Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag, S. 385–389.
- Türkmen, Ceren (2018): »Duisburg 1984«, in: ak 642, <https://www.akweb.de/gesellschaft/rassistischer-brandanschlag-duisburg-1984/vom-16.10.2018>.
- Traverso, Enzo (2016): *Left-wing melancholia: Marxism, history, and memory*, New York: Columbia University Press.
- Traverso, Enzo (2007): *Gebrauchsanleitungen für die Vergangenheit: Geschichte, Erinnerung, Politik*, Münster: Unrast.
- Terkessidis, Mark (2019): *Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute*, Hamburg: Hoffmann und Campe.

- von Tunzelmann, Alex (2022): *Heldendämmerung: Wie moderne Gesellschaften mit umstrittenen Denkmälern umgehen*, München: Goldmann.
- Zimmerer, Jürgen/Marianne Bechhaus-Gerst (Hg.) (2013): *Kein Platz an der Sonne: Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Zuckermann, Moshe (2018): *Der allgegenwärtige Antisemit oder die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit*, Frankfurt a.M.: Westend.